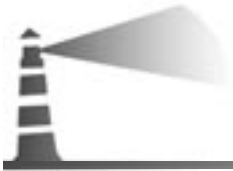


# Leben in der Schattenwelt



## Menschen ohne legalen Aufenthalt

Mona Golla ist Mitarbeiterin der Beratungsstelle ZBBS e.V. in Kiel.

Die Zahl der MigrantInnen, die ohne jeglichen Aufenthaltsstatus in Deutschland leben, wird zwischen 500.000 und 1,5 Million Menschen geschätzt, alleine 200.000 in Berlin. Dabei denken die meisten an diejenigen, die ohne gültige Visa oder mit gefälschten Papieren nach Deutschland einreisen.

Die Wege in die so genannte Illegalität sind jedoch vielfältiger: MigrantInnen mit abgelaufenem Touristenvisum, Arbeitssuchende, die über die Visumszeit hinaus bleiben, abgelehnte AsylbewerberInnen, denen die Abschiebung droht, Familienangehörige, die nach den strengen Bestimmungen des Zuwanderungsgesetzes nicht zur Kernfamilie gehören, hier gebliebene ehemalige Studierende, Frauen, die sich vor Ablauf von 2 Ehejahren von gewalttätigen Ehemännern trennen sowie Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden.

Auch hier geborene Kinder von Menschen ohne Aufenthaltsstatus können keinerlei Papiere bekommen. Die Gruppe der Menschen ohne Aufenthaltsstatus ist somit sehr heterogen in Bezug auf Alter, Geschlecht, die Verteilung in ländlichen Gebieten und in Städten und in Bezug auf die Zeit des Aufenthaltes in Deutschland.

### Ausbeutung

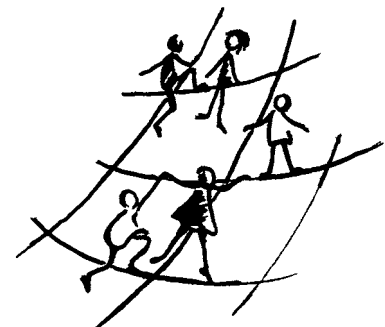
Von dieser „Schattenwelt“ der Menschen ohne Papiere profitieren aber auch Teile der deutschen Gesellschaft. Beispiel Bauwirtschaft: in den 1990ern war Berlin die größte Baustelle Europas. Hier hätten beim Bau des Regierungsviertels die von der Bundesregierung vorgegebenen Kostenspielräume nicht ohne „illegale“ Arbeitskräfte eingehalten werden können. Andere Beispiele sind die Firmen aus dem Reinigungs- und Gaststättengewerbe

oder die Betriebe in Landwirtschaft und Weinbau, die Menschen ohne Aufenthalt zu niedrigsten Löhnen und unter zum Teil unmenschlichen Arbeits- und Wohnbedingungen arbeiten lassen, wohl wissend, dass ein versprochener und nicht ausbezahlter Lohn von ArbeiterInnen ohne Aufenthalt nur in den seltensten Fällen vor einem Gericht eingeklagt wird. Auch werden in den meisten Fällen geregelte Arbeitszeiten oder Arbeitsschutzvorgaben nicht eingehalten. Eine Unfallversicherung oder Rentenansprüche bestehen nicht. Zunehmend arbeiten besonders Migrantinnen ohne Aufenthalt in Privathaushalten. Sie kochen, putzen, erziehen Kinder oder pflegen Angehörige, Letzteres in immer größerem Maße. Und besonders groß sind die Gewinne, die sich mit illegalisierten Frauen in der Sexindustrie machen lassen. Und besonders gering ist hier die Chance, dass betroffene Frauen sich wehren.

### Unversorgt krank

Menschen ohne Papiere leben in extrem prekären Lebensverhältnissen und sind faktisch ohne Rechte. Sie können sich nicht offen gegen Mietwucher wenden. Als (Unter-) MieterInnen ohne Mietvertrag sind sie einer dauerhaften Unsicherheit sowie sehr beengtem und qualitativ schlechtem Wohnraum ausgesetzt. Ein weiteres großes Problem ist der fehlende Zugang zu einer angemessenen ärztlichen Versorgung, und sei es einer Notfallversorgung. Ohne legalen Aufenthalt ist es nicht möglich, Mitglied einer Krankenkasse zu werden. So leben viele Menschen ohne Papiere gemäß dem Motto „werde niemals krank“. Symptome und Beschwerden werden so lange ignoriert, bis ein Gang zu einem Arzt oder in ein Krankenhaus unausweichlich sind.

**„Ihr sollt wissen, dass kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?“**  
(Elie Wiesel)



In vielen Fällen ist eine vormals „kleine“ Krankheit mittlerweile unter Umständen zu einer lebensbedrohlichen Erkrankung herangewachsen und eine Behandlung schwierig, langwierig und ungleich teurer als ein Arztbesuch zu Beginn der Erkrankung. Menschen ohne Papiere sind nun auf medizinische Anlaufstellen der Flüchtlingshilfen angewiesen oder sie müssen eine ärztliche Behandlung privat bezahlen. Besonders schwierig bzw. bedrohlich wird die Situation bei einer Einweisung in ein Krankenhaus, denn manche Krankenhausverwaltung sieht sich in der Pflicht, die zuständige Ausländerbehörde von der Anwesenheit eines Menschen ohne Aufenthaltsstatus zu informieren. Besonders betroffen vom Mangel an ärztlicher Versorgung sind die Kinder von Eltern ohne Aufenthalt. Krankheiten werden nicht angemessen behandelt und Folgetermine nach einem Arztbesuch in der Regel nicht eingehalten.

### **Schule und Ausbildung**

Auch im Bereich der Bildung, beim Schulbesuch der Kinder, gibt es große Schwierigkeiten. Obwohl Deutschland 1990 die UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet hat, in der das Recht eines Kindes auf Bildung verankert ist, gibt es immer wieder Schulen, die Kinder ohne Aufenthaltspapiere an die zuständigen Ausländerbehörden melden. Nicht mehr schulpflichtige Jugendliche ohne Aufenthalt können, auch wenn sie eine Schule besucht haben, niemals eine Ausbildung beginnen oder ein Studium aufnehmen. So sind sie einer Zukunft ohne Perspektive ausgesetzt.

### **Sexuelle Versklavung**

Eine weitere, besonders betroffene Gruppe sind Frauen ohne Papiere. Sie sind neben allen bisher genannten Problemen noch zusätzlich sexualisierten Übergriffen und Vergewaltigungen durch z.B. Arbeitgeber oder Vermieter ausgesetzt, gegen die sie sich nicht oder nur sehr schlecht rechtlich wehren können, da eine Anzeige immer auch eine Angabe der Identität voraussetzt. Aber auch eine Schwangerschaft, die medizinisch nicht begleitet wird, ist ein zusätzliches Risiko und eine große psychische Belastung. Häufig wird den betroffenen Frauen in dieser Situation ihre Isolation und Ohnmacht besonders bewusst. Das Austragen des Kindes ist meistens mit einer Preisgabe der Identität verbunden und nach Ablauf der



Rückkehrer in Prizren (Foto: S. Dünwald)

Mutterschutzfrist mit einer Abschiebung verbunden, wenn die Betroffene nicht vorher wieder untertaucht. Häufig haben Frauen im Herkunftsland Teile der Familie und besonders Kinder zurückgelassen. Eine andauernde Trennung zum Teil über Jahre hinweg, bedeuten eine zusätzliche psychische Anstrengung.

### **Auswege**

Insgesamt gesehen ist ein Leben ohne Aufenthaltspapiere eine enorme physische und psychische Belastung. Denn jeder Schritt in der Öffentlichkeit bringt die Gefahr mit sich, entdeckt und abgeschoben zu werden. So lernen Menschen ohne Aufenthalt schnell, wie wichtig ein unauffälliges Äußeres für sie ist.

Um aus der Illegalität herauszukommen, gibt es nicht viele Möglichkeiten. Die häufigste ist wahrscheinlich die Ausreise aus Deutschland, entweder zurück in das Heimatland oder die Weiterreise in einen anderen Staat. Weitere Möglichkeiten können eine Asylantragsstellung oder eine befristete Legalisierung (Duldung) im Falle schwerwiegender Erkrankungen sein. Die drastischste Weg aus der Illegalität ist der Tod. Staaten wie Frankreich, Spanien, Griechenland, Portugal oder die USA ermöglichen hingegen immer wieder ganzen Personengruppen unter vorher festgelegten Bedingungen den Zugang zu einem legalen Aufenthaltsstatus. In Deutschland scheint das bisher nicht möglich zu sein.

Statt die soziale und rechtliche Lage der Menschen ohne Aufenthalt zu verbessern, gelten sie weiterhin als Bedrohung und werden als „Terroristen“ und „Kriminelle“ abgestempelt und UnterstützerInnen laufen Gefahr, kriminalisiert zu werden. Im

Laufe der letzten Jahre haben sich jedoch Netzwerke unterstützender Organisationen geknüpft und es werden die berechtigten Forderungen nach Zugang zu medizinischer Versorgung, Durchsetzung des Rechtes auf Bildung, Abschaffung der Meldepflicht für Berufstätige im Gesundheits- und Bildungswesen sowie Schutz vor Lohnbetrug und Ausbeutung laut. Denn es muss gelten, dass Menschenrechte unteilbar sind und für alle gleich zu gelten haben.

### **www.nische-sh.de**

„Wir sehen es als unsere Aufgabe an, Lebenssituationen und -bedingungen von illegalisierten Menschen in Schleswig-Holstein öffentlich zu thematisieren und in die öffentlichen und politischen Diskussionen einzubringen. Damit wollen wir gesellschaftliche und politische Änderungen initiieren. Darüber hinaus soll unser Zusammenschluss Ort der Vernetzung und des Informations- und Erfahrungsaustausches von Gruppen, Einrichtungen und Organisationen sein, die im Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsbereich tätig sind. Konkrete Betreuungs- und Beratungsangebote für Gruppen und Einzelpersonen zählen nicht zu den Aufgaben unseres Zusammenschlusses.“

aus dem Selbstverständnis des Netzwerks für illegalisierte Menschen in Schleswig-Holstein, NISCHE.